

# Ein feministischer Blick auf die Teuerungskrise in Österreich

Sarah Beran, Eva Six und Veronika Heimerl

## Abstract

*Der vorliegende Beitrag untersucht, inwiefern die gegenwärtige Teuerung unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer hat. Krisen neigen dazu, diejenigen stärker zu belasten, die bereits zuvor in einer schwierigeren Lage waren. Frauen verzeichnen niedrigere Einkommen, müssen in der Regel einen größeren Anteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse aufwenden, besitzen geringeres Vermögen und leisten mehr unbezahlte Arbeit. Unsere Untersuchung verdeutlicht, dass der massive Anstieg der Preise für wesentliche Grundbedürfnisse in den letzten Monaten insbesondere alleinstehende Frauen überproportional betrifft. Darüber hinaus stellen wir fest, dass trotz der erhöhten Betroffenheit von Frauen durch die Teuerungskrise keine adäquaten finanziellen Mittel im Rahmen der gesetzten Regierungsmaßnahmen für sie bereitgestellt wurden. Abschließend zeigen wir bestehende Datenlücken auf und skizzieren Bereiche für weiterführende Forschung zum Thema.*

## Einleitung

In jeder Krise stellt sich die bedeutende Frage nach den besonders betroffenen Gruppen, denn keine Krise trifft alle Menschen gleich. So zeigte sich beispielsweise in der Folge der letzten großen Finanzkrise 2008 nach einer anfänglich sehr starken Betroffenheit von männlich dominierten Branchen (Finanz- und Versicherungswesen sowie Immobilien), dass Frauen stärker unter den Langzeitfolgen zu leiden hatten. Ebenso waren in der Corona-Krise die negativen Folgen für Frauen stärker ausgeprägt als für Männer (Mader et al. 2020; Kohlrausch/Zucco 2020). Die Auswirkungen der jüngsten Krise durch die massiven Preissteigerungen in den letzten zwei Jahren sollen in diesem Artikel diskutiert werden.

Die Inflation in Österreich ist seit Herbst 2021 massiv gestiegen. Mit den Lockerungen nach den pandemiebedingten Lockdowns stieg die Nachfrage schneller als die Produktion, was zu ersten Preisanstiegen führte. Lieferketten, Angebotsengpässe, Wetterextreme und spekulative Entwicklungen verstärkten die Situation, auch der Energiebereich war zu diesem Zeitpunkt bereits von deutlichen Teuerungen betroffen. Zunächst wurde angenommen, dass die Inflation temporär sei, jedoch führte der russische Angriffskrieg zu weiteren Rohstoffpreiserhöhungen im Frühjahr 2022. Zweitrundeneffekte manifestieren sich seit Mitte 2022, insbesondere aufgrund steigender Unternehmensgewinne, vor allem im Energiesektor, sowie in anderen Sektoren wie Gastronomie und Hotellerie. Im Durchschnitt trugen die Unternehmensgewinne zu knapp einem Viertel zur Jahresinflation 2022 bei (Fritzer et al. 2023).

Konkret betrug die Inflation bereits Anfang 2022 mit 5 % einen hohen Wert, stieg aber bis Dezember 2022 auf 10,2 %, mit einer durchschnittlichen Jahresinflation von

8,6%. Im Januar 2023 erreichte sie ihren Höhepunkt von 11,2%, bis November 2023 sankt die Inflation auf immer noch hohe 5,4%. Österreich verzeichnete somit mindestens 23 Monate in Folge eine Inflation von über fünf Prozent. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex ermöglicht auch den Vergleich mit anderen Euro-Raum-Ländern: Seit September 2022 hatte Österreich eine überdurchschnittlich hohe Inflationsrate und wurde in Westeuropa nur von Griechenland, den Niederlanden, Italien und Belgien übertroffen. Seit Januar 2023 hat Österreich durchgängig die höchste Inflationsrate in Westeuropa. Insbesondere Länder, die auf Marktinterventionen setzten und nicht wie Österreich überwiegend auf soziale und wirtschaftliche Transfers, hatten um ein Vielfaches niedrigere Inflationsraten.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Inflation in Österreich seit etwa zwei Jahren unter anderem aufgrund fehlender Marktinterventionen sehr hoch ist. In einem ersten Schritt wollen wir daher Einkommens- und Vermögensunterschiede, sowie geschlechtsspezifische Unterschiede des Konsumverhaltens analysieren. Anschließend werden die Auswirkungen der Inflation auf unterschiedliche Haushaltstypen aufgezeigt und die Herausforderungen der herkömmlichen Inflations- und Armutsmessung aus einer feministischen Perspektive, sowie bestehende Forschungs- und Datenlücken diskutiert.

## **Geschlechterungleichheit bei Einkommen und Vermögen**

Der Gender Pay Gap, welcher den Lohnunterschied pro Arbeitsstunde zwischen Frauen und Männern darstellt, ging in Österreich von 2011 bis 2021 von 23,5% auf 18,8% zurück. Trotzdem liegt er stark über dem EU-Durchschnitt von 12,7% (European Commission 2022). Die vielfältigen Gründe für die ungleiche Bezahlung der Arbeit von Frauen und Männern sind meist auf strukturelle Diskriminierung zurückzuführen, die sowohl am Arbeitsplatz als auch im Privatleben wirkt. Männer arbeiten tendenziell in besser bezahlten Branchen, Frauen haben weniger Führungspositionen inne und übernehmen mehr Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit zu Lasten der Erwerbsarbeit. Aber selbst bei vergleichbarer Tätigkeit, Qualifikation, Erwerbsbiografie, etc. schlägt noch zwei Drittel des Gender Pay Gaps zu – diese können nicht durch bekannte Variablen erklärt werden.

Unterschiedliche Erwerbsarbeitszeiten führen zusätzlich zu einem niedrigeren Einkommen von Frauen. Die Teilzeitquote von Frauen in Österreich beläuft sich auf 50,1%, jene von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sogar auf 71,5% – im Vergleich zu 8,3% bei Männern mit Kindern unter 15 Jahren. Dieser dramatische Unterschied lässt sich auf die weitverbreitete traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen sowie auf eine unzureichende flächendeckende Kinderbetreuung mit zu kurzen Öffnungszeiten, vor allem im ländlichen Raum, zurückführen, die eine gleichzeitige Vollzeiterwerbstätigkeit beider Eltern erschwert bis verunmöglicht.

Die auffällige ungleiche Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit wird durch die letzte Zeitverwendungsstudie von 2008/2009 untermauert. Die erhobenen Daten zeigen, dass Frauen im Durchschnitt täglich rund zwei Stunden mehr für Haushalts- und Kinderbetreuungsaufgaben aufwenden als Männer, während Männer im Gegenzug mehr Zeit in entlohnter Arbeit verbringen. Insgesamt entfällt jedoch mehr

Zeit auf unbezahlte Arbeit als auf bezahlte, wobei Frauen etwa zwei Drittel der unbezahlten verrichten. Am Ende des Tages bleibt Männern mehr also Freizeit zur Verfügung (Statistik Austria 2009)<sup>1</sup>.

Als Konsequenz des erheblichen Lohnunterschieds und der ungleichen Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sind über zwei Drittel der Menschen in den unteren vier Einkommensdezilen Frauen. In diesen Einkommensgruppen ist es besonders schwierig die massiven Preissteigerungen der Teuerungskrise, etwa durch eine Reduktion der Sparquoten, zu kompensieren. Je höher das Einkommen, desto höher der Männeranteil. Ab dem sechsten Einkommensdezil sind vermehrt Männer vertreten, in den obersten zehn Prozent des Einkommens sind 75 % Männer. Die Ungleichheit in Bezug auf Zeit und Einkommen während des Berufslebens hat auch Auswirkungen auf die Alterspension. 2021 betrug die durchschnittliche Pension von Frauen 41,6% weniger als die der Männer (Statistik Austria 2023). Zwei Drittel der armutsgefährdeten Personen über 65 Jahren sind weiblich. Anders betrachtet ist fast jede fünfte Frau über 65 Jahren in Österreich von Armut betroffen (18%).

In Bezug auf die Inflation ist aber nicht nur die hohe Ungleichheit bei den Einkommen ein Problem, sondern insbesondere auch die ungleiche Verteilung von Vermögen. Die Vermögensforschung zeigt, dass Frauen im Durchschnitt über deutlich weniger Vermögenswerte verfügen als Männer (Baumgartner et al. 2020). Je weniger Vermögen, desto schwerer fällt es Preissteigerungen zumindest kurz- oder mittelfristig zu kompensieren. Oft bleibt dann nur noch die Option sich zu verschulden oder insgesamt weniger zu konsumieren, was jedoch insbesondere für Personen mit niedrigem Einkommen gravierende Folgen hat (Heitzmann/Staudinger 2023; Dawid 2023).

## Feministische Perspektiven auf den Konsum innerhalb eines Haushalts

Die Auswirkungen von Preissteigerungen hängen nicht nur mit dem Einkommen und Vermögen einer Person zusammen, sondern auch mit den Konsummustern der Personen innerhalb eines Haushaltes. Klassische ökonomische Haushaltstheorien gehen davon aus, dass entweder *eine* gemeinsame Nutzenfunktion für den Haushalt vorliegt (Samuelson 1956), die im Konsens der Haushaltsmitglieder bestimmt wird, oder, dass ein Haushaltsvorstand als „wohlwollender Diktator“ unter Berücksichtigung der Ressourcen- und Zeitrestriktionen die gemeinsame Haushaltsnutzenfunktion maximiert (Becker 1991). Beide Theorien schließen individuelle oder konträre Nutzenfunktionen aus. Mittels eines „natürlichen Experiments“ in England konnten Shelly Lundberg, Robert Pollak und Terence Wales (1997) zeigen, dass die Einkommensverfügung innerhalb einer heterosexuellen Paarbeziehung erheblichen Einfluss auf den Haushaltskonsum hat. Eine gesetzliche Änderung Ende der 1970er-Jahre führte dazu, dass das Kindergeld nicht mehr von der Steuerbasis des Vaters abgezogen, sondern direkt an die Mutter überwiesen wurde. Diese Umstellung resultierte in einer verstärkten Nachfrage nach Kinder- und Frauenkleidung im Vergleich zur Nachfrage nach Männerbekleidung. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich in Forschungen aus anderen Ländern. Cheryl Doss (1996) zeigt beispielsweise in Ghana, dass eine Einkommensänderung zugunsten von Frauen zu erhöhten Ausgaben für Nahrung und gleichzeitigem Rückgang von Zigaretten- und Alkoholkonsum führt. Eine Studie aus Österreich (Mader et al. 2012) verdeut-

licht, dass nur etwas mehr als die Hälfte der Paare angibt, finanzielle Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Diese Erkenntnisse legen nahe, dass Frauen zumindest teilweise nur sehr eingeschränkt über das Haushaltseinkommen verfügen können, was selbst in Haushalten mit mittlerem oder hohem Einkommen, negative Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Kindern haben kann.

Der vorangegangene Abschnitt zeigt die gut erforschte ungleiche Verteilung der Einkommen zwischen Männern und Frauen. Der gegenwärtige Abschnitt illustriert, dass auch der Konsum innerhalb von Haushalten erhebliche Ungleichheiten aufweisen kann. Hierbei ist anzumerken, dass über Haushalte als ökonomische Einheit weniger Forschung existiert, insbesondere im Vergleich zu Ungleichheiten im Bereich des individuellen Lohneinkommens. Der Haushalt wird daher in der wissenschaftlichen Diskussion oft als „black box“ betrachtet. Beide Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit eines feministischen Blickwinkels, insbesondere in Krisensituationen.

### **Herausforderungen klassischer Armutsindikatoren in Zeiten von Krisen**

Klassische Armutsindikatoren, wie beispielsweise die Armutsgefährdungsquote, die auf verfügbare Einkommen abzielen, neigen dazu das Problem steigender Armut während einer Teuerungskrise zu unterschätzen (Badelt/Heitzmann 2023). Einerseits liegt das an der großen zeitlichen Verzögerung bei der Veröffentlichung von Einkommensstatistiken, andererseits geben relative Armutsmaße nur begrenzt Auskunft darüber, ob eine Erfüllung der Grundbedürfnisse (insbesondere in Zeiten von hohen Preissteigerungen) mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen noch möglich ist.

Um einen aktuellen Einblick in die Auswirkungen der Teuerung zu erhalten, bietet die Quartalerhebung „So geht’s uns heute“ der Statistik Austria eine besser geeignete Quelle als die Armutsgefährdungsquote (Reiter et al. 2023). Dabei wird regelmäßig das Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung erfasst, wobei der Fokus auf der Bewältigung der Grundbedürfnisse mit dem verfügbaren Einkommen liegt, anstelle der bloßen Betrachtung der (relativen) Höhe des Einkommens. Im 2. Quartal 2023 gaben 14% der Single-Haushalte und 17% der Alleinerziehenden an, dass sie in den letzten drei Monaten erhebliche Schwierigkeiten hatten, mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen. Daraus ergibt sich beispielsweise, dass 13,5% der Single-Haushalte und 16,1% der Alleinerziehenden sich nicht alle zwei Tage eine angemessene Hauptmahlzeit für alle Mitglieder ihres Haushalts leisten können. Der Anteil der Frauen, die angaben, nicht genügend Geld für angemessene Mahlzeiten zu haben ist dabei mit 9,1% deutlich höher ist als jener der Männer (6,5%).

### **Die blinden Flecken der konventionellen Inflationmessung**

Die Teuerung wird anhand des Verbraucherpreisindex (VPI) gemessen, welcher auf Basis eines Warenkorb (bestehend aus 757 Waren und Dienstleistungen) berechnet wird und den durchschnittlichen Konsum der österreichischen Haushalte darstellen soll. Um die Folgen der Teuerungskrise abzuschätzen, wird die Änderung des Preisniveaus zwischen Mai 2021 und August 2023 herangezogen (16,1%)<sup>2</sup>. Die indivi-

duelle Inflationsrate, die anhand des persönlichen Konsums unterschiedlicher Konsumkategorien berechnet wird, kann von der durchschnittlichen Teuerung jedoch stark abweichen (Fessler/Fritz 2013; Fessler et al. 2023). Beispielsweise sind Personen, die im Eigenheim wohnen, nicht von Mieterhöhungen betroffen, während Pendler:innen, die täglich mit dem Auto fahren, stärker von Benzinpreissteigerungen betroffen sind, als jene die zu Fuß in die Arbeit gehen können. Darüber hinaus werden Konsumausgaben grundsätzlich auf einer Haushaltsebene erfasst, da viele Ausgabengruppen, wie etwa Miete und Energie, pro Haushalt und nicht pro Person anfallen. Daher variiert die Belastung durch die Inflation erheblich je nach Haushaltszusammensetzung, individuellen Konsummustern und Zugriff auf das gemeinsame Einkommen innerhalb eines Haushalts. Für die Beantwortung der Frage, ob bestimmte Personengruppen durch die Teuerung besonders belastet sind oder sogar in Armut abrutschen, ist die allgemeine Inflationsrate über alle Konsumkategorien nur begrenzt aussagekräftig. Die Gründe dafür werden im folgenden Teil des Artikels genauer dargestellt.

### **Inflationsraten nach Geschlecht**

Um den Warenkorb für den VPI zusammenzustellen, führt die Statistik Austria alle fünf Jahre die Konsumerhebung durch, bei der Haushalte ausführlich ihre Konsumgewohnheiten protokollieren. Da diese auf der Haushaltsebene durchgeführt wird, ist es nicht möglich allgemeine Aussagen über die Auswirkung der Teuerungskrise getrennt nach Geschlecht oder anderen individuellen Charakteristika zu treffen. Es gibt also blinde Flecken, was die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Teuerung auf Frauen in Paarhaushalten und anderen Familien- und Mehrpersonenkonstellationen betrifft. Es kann somit anhand der offiziellen Inflationsdaten weder ein klarer feministischer Blick auf die Dynamiken innerhalb einer Familie noch auf etwaige Machtungleichgewichte in der Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern geworfen werden. Insbesondere aufgrund der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen wäre die Erfassung individueller Konsummuster jedoch eine wichtige Ergänzung in zukünftigen Erhebungen. Als bestmögliche Annäherung, um die derzeitige Situation von Frauen in Österreich einzuschätzen, sehen wir uns in diesem Beitrag die Konsummuster unterschiedlicher Haushaltstypen an, in denen eine Identifikation der Konsumausgaben nach Geschlecht möglich ist. Wir unterscheiden dabei zwischen alleinstehenden Personen (unter 60 Jahren), alleinstehende Pensionist:innen und Alleinerzieher:innen<sup>3</sup>.

Bei Betrachtung der durchschnittlichen Ausgaben für die wichtigsten Kategorien des VPI-Warenkorbes für unterschiedliche Haushaltstypen und der Berechnung der daraus resultierenden gruppenspezifischen Inflationsraten zeigt sich zunächst, dass die durchschnittlichen Unterschiede grundsätzlich relativ gering sind. Kleinere Unterschiede findet man zwischen Haushalten, in denen mehrere erwachsene Personen leben (wie etwa Paare mit und ohne Kinder oder Mehrgenerationenhaushalte) und Ein-Erwachsenenhaushalten (Singles und Alleinerziehende). Die geringeren Inflationsraten von Mehrerwachsenenhaushalten erklären sich zu einem relativ großen Teil durch den kleineren Anteil der Ausgaben für den Bereich „Wohnen und Energie“. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in diesen Haushalten etwa doppelt so viele Eigenheimbesitzer:innen zu finden sind als bei den Ein-Erwachsenenhaushalten. Zudem

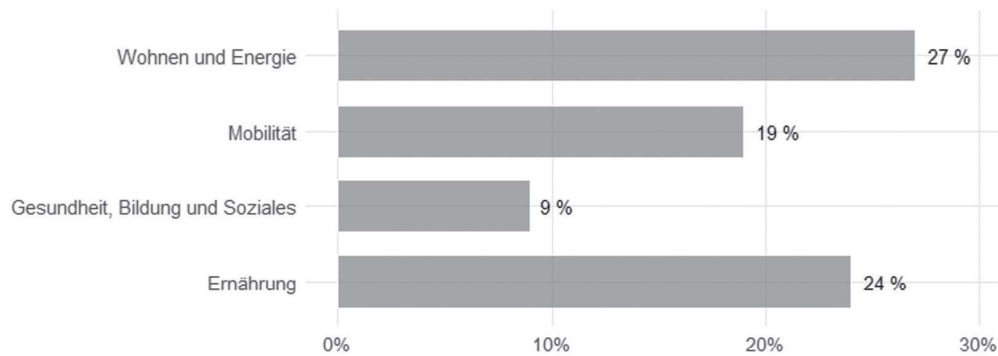
werden in Mehr-Personen-Haushalten gemeinsam nutzbare Güter (wie etwa eine Wohnung) im Verhältnis zu anderen Gütern etwas weniger stark gewichtet. Darüber hinaus weisen männliche Ein-Erwachsenenhaushalte etwas höhere Inflationsraten auf als ihre weiblichen Pendanten. Die Gründe sind hier in unterschiedlichen Konsummustern und der daraus resultierenden Gewichtung von unterschiedlichen Produktkategorien und den Einkommensunterschieden zu finden. Unterschiede ergeben sich etwa aufgrund des höheren Konsums von Männern in den Bereichen Gastronomie, Alkohol und Tabak, Freizeit, Urlaub, Verkehr und höheren Ausgaben für den Kauf von KFZ.

### **Abdeckung der Grundbedürfnisse trotz Teuerung für alle im gleichen Maße möglich?**

Bei der Aufschlüsselung der allgemeinen, gruppenspezifischen Inflationsraten nach Produktkategorien zeigen sich einige wichtige Unterschiede zwischen den Haushaltstypen, die man insbesondere bei der Bewertung der Auswirkungen der Teuerungskrise auf die Armutsgefährdung berücksichtigen sollte – denn Ausgaben für manche Produktgruppen lassen sich eher vermeiden als andere. So können Ausgaben für Freizeitaktivitäten (unter sozialen und evtl. psychischen Kosten) zumindest kurzfristig vermieden werden, jene für Lebensmittel oder Miete aber kaum. Daher ist in Hinblick auf die Abschätzung der materiellen Deprivation die entscheidende Frage, ob mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen noch alle *Grundbedürfnisse* gedeckt werden können. Dafür muss sowohl die Verteilung der Einkommen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen als auch die Höhe der Ausgaben, die zur Deckung der Grundbedürfnisse benötigt werden, berücksichtigt werden. Daher analysieren wir in diesem Beitrag, wie groß der Einkommensanteil ist, den unterschiedliche Haushaltstypen aufwenden müssen, um ihre Bedürfnisse in den Bereichen Wohnen und Energie, Ernährung, Gesundheits-, Sozial- und Bildungsausgaben und Verkehr zu decken. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Vergleich zwischen den besonders oft von Armut betroffenen Haushaltstypen (Alleinerziehende, alleinstehende Frauen unter 60 Jahren, alleinstehende Pensionistinnen) nach Geschlecht, mit den Ausgaben eines österreichischen Durchschnittshaushaltes.

Seit dem Beginn der Teuerungskrise im Mai 2021 sind genau jene Güter und Dienstleistungen, die für die Befriedigung von Grundbedürfnissen benötigt werden, von besonders hohen Preissteigerungen betroffen: Die Preise für Wohnen und Energie sind in den letzten 27 Monaten um 27 % gestiegen, jene für Nahrungsmittel um 24 %, jene für Mobilität um 19 % und jene für Gesundheits-, Sozial- und Bildungsausgaben um 9 %. Im gleichen Zeitraum war die Inflationsrate über den gesamten Warenkorb bei 16,1 %. Frauen sind von diesen Preissteigerungen in besonderem Maße betroffen, da sie in diesen Bereichen (mit der Ausnahme von Mobilität) nicht nur höhere Ausgaben aufweisen als ihre männlichen Pendanten, sondern sie verfügen auch über deutlich geringere Einkommen als alle anderen Haushaltsformen (siehe Tabelle 1 im Appendix).

### Abbildung 1: Teuerung in Österreich zwischen Mai 2021 und August 2023



**Quelle:** Eigene Darstellung nach Konsumerhebung (2019/2020) und IHS-Preismonitor (2023);

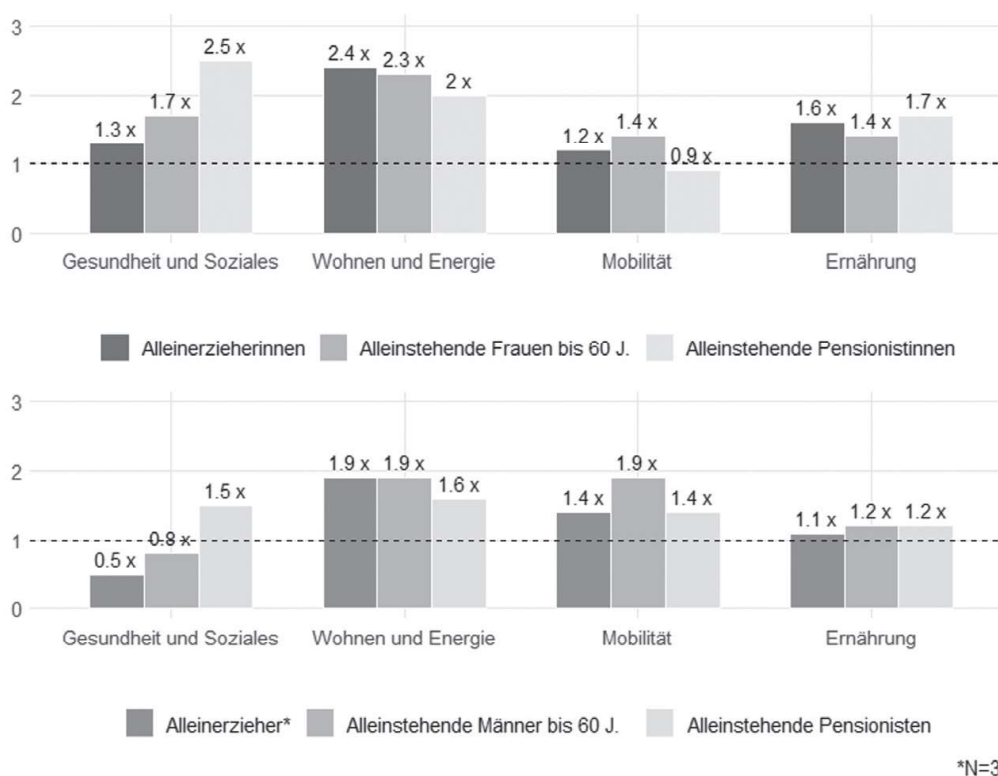
**Lesebeispiel:** Zwischen Mai 2021 und August 2023 sind die Preise für Wohnen und Energie in Summe um 27% gestiegen.

Dies führt dazu, dass Frauen, die allein oder nur mit ihren Kindern zusammenwohnen (Ein-Erwachsenen-Haushalt), im Vergleich zum Durchschnitt einen signifikant höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen, Energie, Nahrungsmittel sowie Gesundheit, Soziale Dienste und Bildung aufwenden müssen. Der Anteil des Einkommens, der für Wohnen und Energie ausgegeben werden muss, beträgt bei alleinstehenden Pensionistinnen 24% und bei alleinstehenden Frauen unter 60 (mit und ohne Kinder) sogar 29% – das ist mehr als doppelt so hoch als bei österreichischen Durchschnittshaushalten. Auch alleinstehende Männer müssen einen überproportional hohen Anteil ihres Einkommens für Wohnen und Energie ausgeben, wenn auch in einem geringeren Ausmaß wie ihre weiblichen Pendanten.

Für Nahrungsmittel müssen alleinstehende Frauen ebenfalls einen 1,5-mal bis 1,7-mal so hohen Einkommensanteil aufbringen wie der Durchschnitt. Alleinstehende Männer sind im Bereich Ernährung nur minimal stärker belastet als ein österreichischer Durchschnittshaushalt. Auch im Bereich Mobilität müssen Alleinerzieherinnen und alleinstehende Frauen (unter 60 Jahren) einen größeren Anteil ihres Einkommens verwenden als der Durchschnitt. Alleinstehende Männer (insbesondere jene unter 60 Jahren ohne Kinder) sind im Bereich Mobilität sogar noch stärker betroffen. Einzig die Gruppe der alleinstehenden Pensionistinnen gibt unterdurchschnittlich viel für Mobilität aus. Wenn man einen genaueren Blick auf die Gruppe der Pensionist:innen wirft, fällt jedoch auf, dass diese überdurchschnittlich durch Gesundheits-, Sozial- und Bildungsausgaben belastet ist. Alleinlebende Pensionistinnen müssen 16% ihres Einkommens für diesen Bereich ausgeben – das ist ein 2,4-mal so hoher Anteil wie im Durchschnitt (7%). Auch Pensionisten sind (in einem geringeren Ausmaß) von hohen Belastungen durch Gesundheitsausgaben betroffen. Alleinstehende Frauen unter 60 (mit und ohne Kinder) müssen ebenfalls einen höheren Anteil ihres Einkommens für Gesundheits-, Sozial- und Bildungsausgaben aufwenden, während Männer unter 60 Jahren einen kleineren Anteil ihres Einkommens als der Durchschnitt für diesen Bereich aufwenden. Diese Unterschiede lassen sich nicht nur durch die deutlich geringeren Ein-

kommen von Frauen, sondern auch durch die höheren Ausgaben vor allem im Gesundheitsbereich erklären: Frauen müssen Mehrkosten durch Schwangerschaft und Geburt leisten, investieren mehr in präventive Gesundheitsleistungen und haben eine längere Lebenserwartung (und Gesundheitsausgaben steigen stark mit dem Alter an).

**Abbildung 2: Verhältnis des Anteils der Ausgaben am verfügbaren Einkommen zwischen einem weiblichen bzw. männlichen Ein-Erwachsenen-Haushalt zu einem Durchschnittshaushalt in Österreich**



**Quelle:** Eigene Darstellung nach Konsumerhebung (2019/20);

**Lesebeispiel:** Alleinerzieherinnen müssen 29% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen und Energie ausgeben, während es bei einem durchschnittlichen Haushalt nur 12% sind. Sie müssen daher einen mehr als doppelt (2,4 Mal) so hohen Anteil ihres Einkommens für Wohnen und Energie aufwenden als der Durchschnitt.

## Beurteilung der Regierungsmaßnahmen aus einer feministischen Perspektive

Mit dem Wissen, dass nicht alle Personen gleich von der Inflation betroffen sind, stellt sich die Frage wie von politischer Seite damit umgegangen wird. Während einige Länder in den Markt eingegriffen und inflationsdämpfende Maßnahmen gesetzt haben, hat die österreichische Regierung hauptsächlich auf Kompensierung der Teuerung gesetzt.

Das Sozialministerium gibt auf seiner Website (Stand: 2023) einen Überblick über die Maßnahmen zur Bewältigung der Teuerung. Auffällig ist, dass der Großteil der Maßnahmen Einmalzahlungen sind, wie beispielsweise die einmalige Sonderzahlung

der Familienbeihilfe von 180 Euro pro Kind im August 2022 oder ein Teuerungsbonus in Höhe von 250 Euro für alle Personen mit Wohnsitz in Österreich im September 2022. Andere Maßnahmen sind zwar nicht einmalig, aber zeitlich befristet, wie etwa der monatliche Kinderzuschuss für armutsgefährdete Haushalte in Höhe von 60 Euro, der im Rahmen des Pakets gegen Kinderarmut beschlossen wurde und von Juli 2023 bis Dezember 2024 gelten wird. Darüber hinaus wurden einige Sozialleistungen valorisiert, wie beispielsweise der Familienbonus Plus, der Kindermehrbetrag und der Pensionistenabsetzbetrag.

Einmalzahlungen haben aber nur einen temporären Einfluss auf das Einkommen, im Gegensatz dazu ist die Wirkung der Inflation dauerhaft. Valorisierte Beträge können hingegen nur schwer als Entlastungsmaßnahmen interpretiert werden, da sie keine zusätzliche finanzielle Entlastung schaffen, sondern lediglich eine Anpassung einer Leistung an ein gestiegenes Preisniveau darstellen. Daher sollten solche Anpassungen an die Inflation grundsätzlich erfolgen und nicht als Anti-Teuerungsmaßnahme alle paar Jahre oder Jahrzehnte. Einige Sozialleistungen, wie beispielsweise der Familienzuschlag für arbeitslose Personen, wurden auch im Anti-Teuerungspaket nicht erhöht. Dieser Betrag beträgt seit 2001 97 Cent pro Person und Tag.

Auch die Abschaffung und Abgeltung der kalten Progression findet sich in der Liste der Anti-Teuerungsmaßnahmen und macht einen großen Anteil am Maßnahmenvolumen aus. Jedoch ist die kalte Progression eine Steuermehrbelastung, die im zeitlichen Verlauf entsteht, wenn die Tarifstufen nicht an die Einkommensentwicklung angepasst werden. Nun werden zwei Drittel der kalten Progression via Anhebung der Tarifgrenzen nicht mehr eingehoben und ein Drittel wird abgegolten. Die Abschaffung der kalten Progression stellt damit keine zusätzliche Entlastung dar.

Nur sehr wenige von der Regierung gesetzte Maßnahmen wirken inflationsdämpfend. Hierzu gehört einerseits die von Dezember 2022 bis ursprünglich Juli 2024 geltende Strompreisbremse. Für diese Maßnahme prognostizierte das WIFO im Voraus einen dämpfenden Effekt von rund einem Prozentpunkt auf die Inflationsrate für das Jahr 2023 (Baumgartner 2022: 3f.). Außerdem wurde die Mieterhöhung für das Jahr 2024 für einige Bereiche auf 5 % gedeckelt. Aktuell wird jedoch für die folgenden Jahre eine Inflation unter 5 % prognostiziert, wodurch der Deckel zu hoch ist, um einen inflationsdämpfenden Effekt zu haben<sup>4</sup>.

Der österreichische Budgetdienst (2022) hat die Verteilungswirkung der drei Entlastungspakete untersucht und die einzelnen Maßnahmen Männern und Frauen zugeordnet. Diese Zuordnung konnte nur annäherungsweise geschehen, bedingt durch das bereits angesprochene Problem der blinden Flecken bei Zuordnung von Einkommen und Ausgaben innerhalb von Haushalten. Der Budgetdienst verwendete die persönlichen Nettoeinkommen einschließlich Transferzahlungen und verteilte die auf Haushaltsebene erfolgten Transfers bzw. Preisreduktionen auf die Personen innerhalb des Haushalts. Bei manchen Maßnahmen konnten diese Leistungen Menschen direkt zugeordnet werden, wie beispielsweise bei der Familienbeihilfe, die überwiegend Frauen beziehen. Dabei wurden zwei Modelle berechnet: In einem Modell wurden die Leistungen dem Haushalt zugeschrieben und innerhalb dessen aufgeteilt, während in der zweiten Variante das Geld den Bezieher:innen direkt zugeordnet wurde. Wie fehleranfällig die Betrachtung eines gemeinsamen Haushaltes ist bei Fragestellungen zu den individuellen Haushaltsteilnehmer:innen, haben wir bereits

weiter oben diskutiert, dennoch ist dies gegeben der aktuellen unzureichenden Datenlage kaum zu vermeiden.

Das Gesamtentlastungsvolumen der Maßnahmen zum Teuerungsausgleich ist unabhängig von der Variante annähernd gleich zwischen Frauen und Männer. Trotz der größeren Betroffenheit von Frauen wurden nicht mehr finanzielle Mittel für diese Gruppe bereitgestellt. Da das durchschnittliche Nettoeinkommen von Frauen geringer ist als dasjenige der Männer, ergibt sich bei einer Betrachtung der Entlastung relativ zu ihren durchschnittlichen Nettoeinkommen eine prozentuell höhere Entlastung für Frauen.

## Fazit

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Inflation seit etwa zwei Jahren aufgrund fehlender Marktinterventionen signifikant angestiegen ist. Gleichzeitig übernehmen Frauen einen Großteil der unbezahlten Arbeit und werden schlechter entlohnt, haben atypische Arbeitspositionen inne und sind häufiger von (Alters-)Armut betroffen. Durch die niedrigeren Einkommen und Vermögen von Frauen, verfügen sie somit über geringere Möglichkeiten die Folgen der Teuerungskrise abzufedern.

Besonders schwerwiegend sind die massiven Preissteigerungen für grundlegende Güter und Dienstleistungen, wo es keine Möglichkeit gibt den Konsum zu verlagern oder zu reduzieren. Betrachtet man die Ausgaben für Grundbedürfnisse im Verhältnis zum Einkommen, zeigt sich, dass alleinstehende Personen im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt stärker durch die massiven Preissteigerungen belastet sind, wobei Frauen aufgrund der niedrigeren Einkommen für Wohnen, Energie, Nahrungsmittel und Gesundheitsdienstleistungen überproportional stark betroffen sind. Trotz der stärkeren Betroffenheit von Frauen wurden für sie nicht mehr finanzielle Mittel von Seiten der Regierung bereitgestellt, um ein potenzielles Abrutschen in Armut nachhaltig zu verhindern. Gleichzeitig wurden keine adäquaten Maßnahmen gesetzt die Preissteigerungen für Grundbedürfnisse zu bremsen. Insgesamt besteht ein akuter Bedarf an geschlechtergerechten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, um bestehende Ungleichheiten bei Einkommen, Beschäftigung und Ressourcenverteilung anzugehen und Frauen und vulnerablen Gruppen vor den negativen Auswirkungen von Teuerungskrisen zu schützen.

Die vorliegende Analyse ist aufgrund der Datenlage stark eingeschränkt und es verbleiben einige blinde Flecken. Die konventionelle Inflationsmessung, die auf dem Verbraucherpreisindex basiert, erweist sich während dieser Teuerungskrise als unzureichend, da sie individuelle Konsummuster und die unterschiedliche Belastung durch die Inflation je nach Haushaltszusammensetzung nicht angemessen berücksichtigt. Eine zukünftige Erfassung geschlechtsspezifischer Konsummuster ist entscheidend, um die Auswirkungen von Krisen und die Effektivität von Maßnahmen auf verschiedene Subgruppen angemessen zu verstehen, darunter Frauen, nicht-binäre Menschen, queere Personen, etc. Eine feministische Perspektive und Analyse erfordern die Verfügbarkeit entsprechender Daten.

Zusätzlich zu den aktuellen Analysen bleiben noch weitere Fragen zur unterschiedlichen Inflationsbetroffenheit offen. Das World Economic Forum (2023) verweist bei-

spielsweise auf zwei Studien, von denen eine in England durchgeführt wurde und die einen Preisanstieg für Produkte zeigt, die hauptsächlich von Frauen gekauft werden, wie Frauenschuhe, -blusen und -socken. Die zweite Studie wurde in den USA durchgeführt und zeigt, dass das Arbeitseinkommen von Männern mit 33,3 % höherer Wahrscheinlichkeit mit der Inflation wächst als das der Frauen. Eine Analyse der Kollektivverträge in Österreich könnte geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Lohnentwicklung aufzeigen. Außerdem weisen Ergebnisse internationaler Forschung auf einen Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen aufgrund finanziellen Drucks hin, der durch die aktuelle Inflation verstärkt wird (Dawid 2023). Eine australische Studie zeigt, dass Frauen unter finanziellen Problemen fast doppelt so häufig häusliche Gewalt erleben (Morgan/Boxall 2020). Ähnliche Untersuchungen in Österreich im Zusammenhang mit der Inflation könnten relevante Auswirkungen für Frauen beleuchten.

## Anmerkungen

- 1 Eine Einsicht in die vierte Zeitverwendungserhebung mit Erhebungszeitraum 2021/2022 wird Aufschluss darüber geben, ob es in den vergangenen 15 Jahren zu Veränderungen in der zeitlichen Ressourcenallokation gekommen ist. Zum Redaktionsschluss des Heftes liegen die Ergebnisse noch nicht vor. Zur Veröffentlichung des Beitrages sollten die Ergebnisse vorliegen.
- 2 Die Berechnung erfolgt auf Basis den Zahlen des IHS-Inflationsmonitors und den durchschnittlichen Ausgaben der Konsumerhebung 2019/20. Verhaltensveränderungen wurden aufgrund fehlender Mikrodaten somit nicht berücksichtigt.
- 3 Aussagen über männlichen Alleinerziehende sind leider nur sehr begrenzt möglich, da die Anzahl der Beobachtungen im Sample sehr gering ist.
- 4 Mitte Dezember 2024 wurden die zulässigen Mieterhöhungen erneut im Ausschuss für Bauten und Wohnen und im Nationalrat behandelt. Bis zum Redaktionsschluss des Heftes lag jedoch noch kein neues Gesetz vor.

## Literatur

- Badelt, Christoph/Heitzmann, Karin (2023): *Armutsmessung in Zeiten von Vielfachkrisen: Eignen sich die klassischen Armutsmaße zur Erfassung und Adressierung der Armutsbetroffenen?* In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 49 (3): 17–48.
- Baumgartner, Klaus/Ertl, Michael/Hofmann, Julia/Hubmann, Georg/Mingers, Joshua/Marterbauer, Markus/Rehm, Miriam/Prenner, Christoph/Schnitzer, Matthias/Six, Eva/Svoboda, Marie-Theres (2020): *Vermögensverteilung – für die vielen, nicht die wenigen*. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.)
- Baumgartner, Josef (2022): *WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022*, WIFO Research Briefs. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO 25/2022.
- Becker, Gary S. (1991): *A treatise on the family: Enlarged edition*. Harvard University Press.
- Budgetdienst (2022): Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich. [https://www.parlament.gv.at/fachinfos/budgetdienst/Verteilungswirkung-der-drei-Massnahmenpakete-zum-Teuerungsausgleich#:~:text=Der%20Abgeordnete%20Jakob%20Schwarz%20\(Gr%C3%BCne,beschlossene%20Stromkostenzuschuss%20sollte%20ober%20C3%BCcksichtigt%20werden,25.11.2023](https://www.parlament.gv.at/fachinfos/budgetdienst/Verteilungswirkung-der-drei-Massnahmenpakete-zum-Teuerungsausgleich#:~:text=Der%20Abgeordnete%20Jakob%20Schwarz%20(Gr%C3%BCne,beschlossene%20Stromkostenzuschuss%20sollte%20ober%20C3%BCcksichtigt%20werden,25.11.2023).
- Dawid, Evelyn (2023): *Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategien Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen*. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.): 66–146.
- European Commission (2022): The gender pay gap situation in the EU. [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/equal-pay/gender-pay-gap-situation-eu\\_en,2.12.2023](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/equal-pay/gender-pay-gap-situation-eu_en,2.12.2023).
- Fessler, Pirmin/Fritzer Friedrich (2013): *The Distribution of Inflation among Austrian Households*. Monetary Policy & the Economy Q3/13. OeNB: 12–28.

- Fessler, Pirmin/Fritzer, Friedrich/Salish, Miriam (2023): *Who pays the price when prices rise?* Monetary Policy & the Economy Q4/22–Q1/23. OeNB: 67–84.
- Fritzer, Friedrich/Reich, Lukas/Schneider, Martin (2023): *Was treibt die Inflation in Österreich – Energieimporte, Profite oder Löhne?*. OeNB.
- Heitzmann, Karin/Staudinger, Jeremias (2023): *Inflation in Österreich*. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.): 9–65.
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020): *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit*, WSI Policy Brief, No. 40, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf.
- Lundberg, Shelly J./Pollak, Robert A./Wales, Terence J. (1997): *Do husbands and wives pool their resources? Evidence from the United Kingdom child benefit*. In: Journal of Human Resources: 463–480.
- Mader, Katharina/Schneebaum, Alyssa/Skina-Tabue, Magdalena/Till-Tentschert, Ursula (2012): *Intrahaushaltsverteilung von Ressourcen. Geschlechtsspezifische Verteilung von Einkommen und Entscheidungsmacht*. In: Statistische Nachrichten, (12): 983–994.
- Mader, Katharina/Derndorfer, Judith/Disslbacher, Franziska/Lechinger, Vanessa/Six, Eva (2020). Genderspezifische Effekte von COVID-19, Wien. <https://www.wu.ac.at/economics/mitarbeiter-innen/mader-k/genderspezifischeeffektevon covid-19/>, 22.11.2023.
- Morgan, Anthony/Boxall, Hayley (2020): *Social isolation, time spent at home, financial stress and domestic violence during the COVID-19 pandemic*. In: Trends and Issues in crime and criminal justice, (609): 1–18.
- Reiter, Claudia/Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Lamei, Nadja (2023). *So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Zukunftserwartungen. Ergebnisse einer Statistik-Austria-Befragung*. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.)
- Samuelson, Paul A. (1956): *Social indifference curves*. In: The Quarterly Journal of Economics, 70(1): 1–22.
- Sozialministerium. Maßnahmen gegen die Teuerung in Österreich.(4.11.2023). <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Steuerentlastung-und-Teuerung.html#:~:text=Um%20die%20Menschen%20in%20%C3%96sterreich,real%20am%20Konto%20sp%C3%BCrbar%20ist,20.11.2023>.
- Statistik Austria (2009). *Zeitverwendung 2008/09 Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede*, Wien.
- Statistik Austria (2023). *Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern trotz Rückgang über dem EU-Durchschnitt*, Wien, Pressemitteilung: 13 019-047/23.
- World Economic Forum (2023): *Inflation affects women more than men. Civil society can help*. (18.1.2023). World Economic Forum. <https://www.weforum.org/agenda/2022/10/inflation-crisis-hits-women-harder/>, 20.11.2023.

## Appendix

Tabelle 1: Durchschnittliches verfügbares Einkommen nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	Verfügbares Einkommen (Durchschnitt)	Verhältnis zum Durchschnittshaushalt
Alleinerziehend: männlich	2.565€	0,62
Alleinerziehend: weiblich	2.138€	0,52
Paar mit Kind(er)	4.133€	1,00
Paar ohne Kinder	3.381€	0,81
Single: männlich	2.050€	0,49
Single: weiblich	1.772€	0,43
Single>60: männlich	2.077€	0,50
Single>60: weiblich	1.634€	0,39
Sonstige	4.698€	1,13
Durchschnitt	4.149€	1,00

Quelle: Eigene Berechnung nach Konsumerhebung 2019/20